

Rente statt Raketen

Redner auf Münsterplatz kritisieren Rüstungsausgaben und Vernachlässigung des Gesundheitswesens

VON JAKUB DROGOWSKI

BONN. Etwa 100 Menschen hat am Samstagmittag laut Angaben der Polizei der bundesweite Aktionstag für „Abrüstung und neue Entspannungspolitik“ vor das Bonner Münster gelockt. Unter dem Motto „Immer weiter aufrüsten, aber kein Geld für Gesundheit“ sprachen sich insgesamt vier Kundgebungsredner für ein weltweites Verbot von Atomwaffen aus und erkannten einen Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und staatlicher Nachlässigkeit in Sozialfragen. Zwar seien nur 75 Teilnehmer angemeldet gewesen, aber die „ordnungsgemäße, friedliche und auflagentreue Durchführung“ sei im vollen Rahmen akzeptabel gewesen, so ein Sprecher der Bonner Polizei.

„Es sind immer noch mindestens 20 Atomwaffen auf bundesdeutschem Boden stationiert“, sagte Veranstalter und Mitglied der Beueler Friedensgruppe, Wilfried Drews, am Rande der Demonstration. „Wie viele es genau sind, können wir niemals wissen, denn da hüllen sich die Militärs und die Nato in Schweigen“, so Drews. „Aber die Dinge werden modernisiert, lenkbar gemacht und unsere Bundeswehrpiloten werden darauf trainiert, Kampfjets mit Atomwaffen zu fliegen.“ Drews zeigte sich insbesondere über mögliche diplomatische Auswirkungen gegenüber Russland besorgt: „Natürlich weiß Russland das alles. Das führt zu weiteren diplomatischen Spannungen“, sagte er.

Die von ihm einzeln vorgestellten Redner führten das Thema weiter aus und spannten außerdem einen gleichermaßen zahlengeschwängerten wie leidenschaftlich dar-



Auf dem Münsterplatz trafen sich am Samstagmittag den Angaben der Polizei nach gut 100 Menschen. Anlass war der bundesweite Aktionstag für Abrüstung und neue Entspannungspolitik.

FOTO: JAKUB DROGOWSKI

gebotenen Bogen zu den sozialen Fragen in Sachen Wohnungs- und Gesundheitspolitik. So sah Rednerin Ulrike Lehmann eine „Vernachlässigung des öffentlichen Gesundheitswesens durch den immer stärkeren Sparzwang und Privatisierung.“

Die Internistin ist Mitglied des nobelpreis ausgezeichneten Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW) und kritisierte, dass „dringend benötigtes Geld, das dem Gesundheitssystem nicht zur Verfügung gestellt wird, in kontinuierlich steigende Rüstungsausgaben wandert.“ Der Kölner Publizist Werner Rügemer wiederum zeigte Verflechtungen deutscher

Wohnungsgesellschaften mit amerikanischen Investoren von Seiten der Investmentbank Blackrock oder Tochterfirmen der Goldman Sachs Group auf. Der Kernsatz seiner Rede, die „Sozialfrage ist eine Friedensfrage“, wurde mit dem größten Beifall seitens der Zuhörer bedacht.

Unter den flaggen- und bannerbewehrten Teilnehmern zwischen Münster und Kaufhof vernahm man zwischen karitativen oder pazifistischen Standpunkten auch antiamerikanische Stimmen. Außerdem sprachen bei der Versammlung Jens Koy von der Beueler Friedensgruppe und Peter Bille vom Bonner Ableger der linken Sammlungsbewegung „Aufstehen“.

ZWEI-PROZENT-ZIEL

Deutschland bewegt sich auf Nato-Vorgabe zu

Nach einem Richtwert der Nato sollen alle Mitgliedstaaten jährlich mindestens zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Verteidigung ausgeben. Deutschland wird dafür kritisiert, den Wert nicht zu erreichen. Allerdings hat sich Deutschland seit 2014 stetig auf die zwei Prozent zubewegt, lag 2019 bei 1,38 Prozent und bewegt sich in diesem Jahr - rezessionsbedingt - auf mehr als 1,5 Prozent zu. fa